

Dax steigt 2013 um 25 Prozent

Frankfurt (sk) Das Jahr 2013 hat sich für die deutschen Börsianer gelohnt. Der Aktienindex Dax verzeichnete einen Zuwachs von 25,5 Prozent. Dieses Plus liegt in der 26-jährigen Index-Geschichte an zehnter Stelle. Zum Vergleich: In den Jahren 1993 und 1997 legte der Dax um jeweils rund 47 Prozent zu.

Unsere heutige Börsenseite zeigt auf Seite 8, wie sich die einzelnen Aktien in den vergangenen zwölf Monaten entwickelt haben. Zum Jahresabschluss haben wir dem gestrigen Kurs den Vergleichswert des Vorjahres gegenübergestellt.

Gestern hat der deutsche Aktienmarkt am letzten Handelstag des Jahres überwiegend nachgegeben. Der Dax schloss in der verkürzten Sitzung 0,39 Prozent tiefer bei 9552,16 Punkten, nachdem er an den zwei Vortagen noch neue Höchststände erklommen hatte. Der MDax endete am Montag mit einem Verlust von 0,31 Prozent auf 16 574,45 Punkte. Im Jahresvergleich kam der Leitindex mittelgroßer Unternehmen aber auf ein Plus von 39,1 Prozent. Für den TecDax ging es am Montag um 0,21 Prozent auf 1166,82 Punkte nach oben. Daraus resultierte ein Jahresgewinn von 40,9 Prozent. „Das Vertrauen in Aktien, die gute Positionierung der Dax-Firmen und die günstige Bewertung deutscher Qualitätstitel haben ein Rekordjahr möglich gemacht“, bilanzierte Marktexperte Daniel Saurenz von Feingold Research. Für 2014 rechnet er mit stärkeren Schwankungen: „Die Lage ist grundsätzlich gut, die Konjunktur gibt Rückenwind, doch die Messlatte für die Aktienmärkte liegt auch nicht gerade niedrig.“

Die drei attraktivsten Dax-Werte im abgelaufenen Jahr waren Continental (+82 Prozent), Deutsche Post (+60 Prozent) und Daimler (+52 Prozent). Der Autozulieferer und Reifenhersteller Conti profitierte dabei vor allem vom Megatrend Autoelektronik, während der Logistikkonzern Post sein Geschäft dank des starken Online-Handels ausbauen konnte. Beim Stuttgarter Autobauer wirkten sich das überraschend schnell greifende Sparprogramm und die erweiterte Modellpalette aus.

Banken schlagen Sepa-Alarm

Berlin (dpa) Einen Monat vor dem Start des europäischen Zahlungssystems Sepa schlagen die Banken Alarm. Viele Unternehmen in Deutschland hätten die notwendige Umstellung von Überweisungen und Lastschriften noch nicht vollzogen, sagte der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes deutscher Banken, Michael Kemmer, in Berlin. „Es gibt keinen Plan B, und es bleiben nur noch 32 Tage. Wer noch nicht umgestellt hat, sollte dies lieber heute als morgen tun.“

Vom 1. Februar 2014 an müssen Unternehmen, Vereine und die öffentliche Verwaltung gemäß EU-Verordnung das Sepa-System anwenden. Privatleute können noch bis zum 1. Februar 2016 ihre bisherige Kontonummer und Bankleitzahl nutzen.

NACHRICHTEN

EXPORT

Unternehmen erwarten Wachstum von 3 Prozent

Deutschlands Exporte werden nach Brancheneinschätzung 2014 wieder kräftig wachsen. Die Ausfuhren würden um 3 Prozent zulegen und ein neues Allzeithoch von 1,142 Billionen Euro erreichen, sagte am Montag der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) in Berlin voraus. Dafür sprächen die wieder anziehenden Auftrags-eingänge aus dem Ausland. Mit 224 Milliarden Euro werde 2014 ein neuer Rekordüberschuss im Außenhandel verzeichnet, da die Importe nur um ein Prozent auf 918 Milliarden Euro zulegen sollen. (AFP)

LÖHNE

DGB fordert Abschlüsse oberhalb Inflationsrate

Angesichts des wirtschaftlichen Aufschwungs fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Tarifabschlüsse oberhalb der Inflationsrate. „Wenn die Geschäfte der Unternehmen gut laufen, dann muss sich das mit realen Zuwächsen in der Lohntüte bemerkbar machen“, sagte DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki. Die Tarifabschlüsse brachten den Arbeitnehmern für 2013 ein Lohnplus von gut 3 Prozent, wie aus der Jahresbilanz des WSI-Tarifarchivs der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung hervorgeht. (AFP)

CHINA

Rechnungshof warnt vor gefährlichen Schulden

Die Schulden von Chinas lokalen Regierungen sind in ungeahnte Höhen geschossen. Das Ausmaß sei so dramatisch, dass es Chinas wirtschaftliche Entwicklung gefährden könne, warnte der nationale Rechnungshof in einem Untersuchungsbericht. Zur Jahresmitte standen die Provinzen, Städte und Kommunen demnach mit fast 18 Billionen Yuan (2 Billionen Euro) in der Kreide. Ende 2010 hatten die Schulden noch 10,7 Billionen Yuan betragen. (dpa)

AMAZON

Rekord im Weihnachtsgeschäft

Der weltgrößte Online-Händler Amazon hat im Weihnachtsgeschäft am Spitzentag 36,8 Millionen Artikel verkauft. Damit wurden am traditionellen „Cyber Monday“ Anfang Dezember weltweit im Schnitt 426 Artikel pro Sekunde bestellt. In Deutschland war der Spitzentag der 15. Dezember mit 4,6 Millionen Bestellungen bei Amazon.de – 53 Artikel pro Sekunde. (dpa)



Das genossenschaftlich organisierte Dorfgasthaus in Gschwend im Landkreis Lörrach hat sich ein passendes Logo gegeben: Männer, Frauen, Alte und Kinder tragen gemeinsam ihr „Rößle“. BILDER: SANTINI UND RÖSSLE

Ein Dorf rettet sein Gasthaus

- Todtnauer Ortsteil gründet Genossenschaft
- Mitglieder und Helfer restaurieren das „Rößle“

VON JENNA SANTINI

Todtnau-Gschwend – Es ist ein Projekt, das seinesgleichen sucht: Als in Gschwend, einem Ortsteil der Stadt Todtnau im Landkreis Lörrach, das Dorfgasthaus schließt, sind die 400 Einwohner tief betroffen. Früher gab es drei Gaststätten am Ort. Mitte 2010 schließt mit dem „Rößle“ nun auch noch die letzte. Grundstücke und Anwesen werden für 185 000 Euro zum Verkauf ausgeschrieben. Mehrere Bewohner beschließen aus einer Laune heraus, dass sie mit bieten wollen. Sie schließen sich zu einer Interessengemeinschaft zusammen und werben im Ort und der Region für das Projekt. Aus der Interessengemeinschaft wird 2011 eine eingetragene Genossenschaft. Beim Genossenschaftsverband müssen die Bewohner zuvor unter anderem einen Geschäftsplan und eine Gewinn- und Verlustrechnung vorlegen.



„Wenn man in so etwas reingeht, lebt man einfach mit dem Projekt.“

Ewald Dießlin, Vorstand

„Im Oktober haben wir das ‚Rößle‘ dann für 125 000 Euro gekauft“, erzählt Vorstandsvorsitzender Ewald Dießlin. Die Erwartungen von Vorstand und Aufsichtsrat werden bei weitem übertroffen: 128 Mitglieder sind bislang mit mehr als 200 000 Euro in die Genossenschaft eingestiegen. Die einzelnen Kapitalbeiträge reichen von 1000 bis 20 000 Euro. Zum Start sind bereits 48 000 Euro zusammengekommen. Die Investoren stammen aus ganz Deutschland, der Schweiz und Südafrika. Zahl-

Die Organisation

Eine Genossenschaft kann nach Angaben des baden-württembergischen Genossenschaftsverbands Hunderte von Menschen als Eigentümer eines Unternehmens zusammenbringen. Bei ihrer Gründung gibt sich die Genossenschaft eine Rechtsform und Satzung. Ein Mindestkapital muss sie im Vergleich zur Aktiengesellschaft nicht zu ihrer Gründung aufbringen, außer sie legt dies zuvor fest. Der Genossenschaftsverband leistet Hilfestellung bei der Gründung und prüft die personellen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Genossenschaft. Im Vorfeld müssen z.B. Verträge vorgelegt werden, die das Verhältnis zwischen Genossenschaft und Anteilseignern regeln. (san)

reiche Rückmeldungen erhalten die Retter des Gschwender Gasthauses auf einen Beitrag des Südwestrundfunks hin. Ein Jahr lang begleitet der Sender die Genossenschaft und ihre Helfer beim Wiederaufbau des Gasthauses.

Dieser beginnt im Oktober 2012, nachdem über das Leader-Förderprogramm der Europäischen Union und des Landes Baden-Württemberg für ländliche Regionen Fördergelder bewilligt wurden. Die L-Bank zahlt 75 000 Euro an die Genossenschaft aus. Vieles an dem Baudenkmal von 1773 erneuern die Mitglieder und freiwilligen Helfer selbst. „Wir haben alles ausgeräumt und selbst entsorgt“, berichtet Ewald Dießlin. Er ist selbstständiger Berater und hat schon früher Sanierungsprojekte betreut. In Vorstand, Aufsichtsrat und Genossenschaft finden sich Ingenieure, Betriebswirte und Handwerker. Für jede Aufgabe im „Rößle“ scheint es einen entsprechenden Helfer zu geben. „Die Dorfgemeinschaft ist zusammengerückt. 40 Helfer haben beim Ausräumen geholfen. Jeden Samstag waren bis zu zehn Freiwillige da“, berichtet Dießlin aus dieser Zeit. Aufwändigere Arbei-

ten vergibt die Genossenschaft an Handwerksbetriebe. Im Januar 2013 werden die Gasträume wieder eröffnet: Aus dem leerstehenden „Zum Rößle“ ist „dasrößle“ geworden. Die Gäste kommen aus Todtnau, Waldshut-Tiengen und vom Feldberg. Die umliegenden Unternehmen nutzen den Mittagstisch. Und auch die fünf Vereine aus Gschwend profitieren: Sie haben wieder einen Treffpunkt. Der eigene Kulturverein „dasrößle e.V.“ bietet Unterhaltung aus den Bereichen Kunst, Kultur und Brauchtum. 15 Bewohner aus Gschwend und der Umgebung haben im „Rößle“ eine Voll- oder Teilzeitbeschäftigung gefunden.

„Gschwend ist ein typisches Schwarzwaldorf. Es gibt hier 14 originalgetreue Höfe, die bewohnt sind und bewirtschaftet werden“, sagt Vorstandsvorsitzender Dießlin. Genau deshalb sieht er großes Potenzial in der Weiterentwicklung des Gasthauses. Bis Ende März 2014 sollen die zehn Zimmer im Obergeschoss des „Rößle“ zu Hotelzimmern ausgebaut werden.

Fünf bis sieben Jahre wird den Anteilseignern auf eigenen Beschluss hin keine Dividende ausgezahlt. Zwei Generalversammlungen mit etwa 60 Teilnehmern hat es schon gegeben. „Die Dividende steht nicht im Mittelpunkt“, betont Dießlin. Im neuen Jahr wollen Vorstand und Aufsichtsrat zu einem Genossenschaftstag nach Gschwend einladen: Essen und Getränke im „Rößle“ gibt es dann umsonst.

„Es ist eine Erfolgsstory geworden“, findet Ewald Dießlin und er hat recht: Der Laden brummt. Zur Mittagszeit ist die Gaststätte voll besetzt. Gschwender Senioren wie junge Angestellte der umliegenden Unternehmen sitzen an den restaurierten Tischen.

„Die Tragweite war uns nicht bewusst. Wenn man in so etwas reingeht, lebt man einfach mit dem Projekt“, antwortet Dießlin auf die Frage, ob sich die Genossenschafter die Entwicklung ihres „Rößle“ so vorgestellt hätten. Es kommt eben nicht alle Tage vor, dass ein Dorf sein Gasthaus rettet.

EINBLICK

EU und Euro sind nicht schuld



Das Jahr 2014 wird ein europäisches Jahr werden und zugleich eines der schwierigsten in der EU-Geschichte.

VON WOLFGANG KÖHLER

Das Jahr 2014 wird ein europäisches Jahr werden. Glanz aber wird die Europäische Union wohl eher nicht ausstrahlen. Im Mai finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Dabei wird allen Voraussagen nach das europäische Einigungswerk wohl einen Knacks bekommen. Denn in etlichen Mitgliedsländern haben anti-europäische Bewegungen so viel Zulauf erhalten, dass das nächste Europaparlament als dasjenige in die Geschichte eingehen wird, in dem die Anti-Europäer mehr Stimmen als je zuvor haben wer-

den. Diese Stimmungslage in der Wählerschaft kommt nicht von ungefähr. In den mehr als fünf Jahren Banken-, Finanz- und Schuldenkrise haben die Bürger in vielen EU-Ländern drastische Wohlstandseinbußen hinnehmen müssen. In den von der Schuldenkrise am meisten geplagten Ländern wurden massenweise Staatsdiener entlassen oder mussten Gehaltseinbußen hinnehmen. In der Krise, die auch eine Vertrauenskrise war und ist, brachen Wirtschaftsunternehmen zusammen. Und die, die überlebten, zögerten Investitionen hinaus.

Dabei erweckten der Verlauf der europäischen Schuldenkrise und der öffentliche Diskurs darüber den Anschein, als sei diese Krise mit all ihren Ausuferungen der Fehlkonstruktion einer zentralen europäischen Institution, der Europäischen Währungsunion, zuzuschreiben. Doch dieser Eindruck ist

eine – von manchen vielleicht bewusst geschürte – Täuschung. Sicherlich ist die Währungsunion unzureichend konstruiert. Ihr fehlt das entscheidende Fundament einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik beziehungsweise das, was beim Abschluss der Verträge von Maastricht noch als „politische Union“ umschrieben wurde.

Tatsächlich aber war dieser Fehler nicht der Auslöser der Krise. Ausgelöst wurde die Krise vielmehr von Banken, die sich im Gefolge einer übertriebenen Liberalisierung und Deregulierung ihrer Geschäfte in unhaltbar riskante Spekulationen gestürzt und in etlichen Ländern leichtfertig und massenweise Immobilienkredite herausgelegt hatten. Die staatlichen Rettungsaktionen für marode Banken haben dann die Schuldenstände der öffentlichen Hände in die Höhe getrieben. In einer Europäischen Union mit 28 nationalen

Währungen wären die Gläubiger der hochverschuldeten Regierungen aus diesen Ländern geflüchtet und hätten deren Wechselkurse abstürzen lassen. Dementsprechend wären auch die Löhne und Gehälter der Beschäftigten im internationalen Vergleich abgewertet worden. Die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Volkswirtschaften wäre so bald wiederhergestellt, ohne dass nur das Gehalt eines einzigen Angestellten gekürzt wird.

In der Währungsunion aber steht dieses Instrument des Wechselkurses nicht mehr zur Verfügung. Wegen des Euro mussten Arbeitsplätze abgebaut und Gehälter gekürzt werden. Mehr noch: Die Finanzhilfen der anderen EU-Mitgliedsländer für die Notleidenden Staaten wurden an die Bedingung geknüpft, dass die Schuldenstaaten Reformen durchführen, die genau das zum Ziel hatten: Arbeitsplätze abbauen

und Löhne und Gehälter „flexibler“ machen. Das sieht dann für die Betroffenen haben, so aus, als ob die Einbindung ihres Landes in die EU beziehungsweise in die Währungsunion schuld ist an ihrem Desaster. Ist es da ein Wunder, dass die Reformen fordernde Bundeskanzlerin in manchen Ländern zur Hassfigur wurde? Der Gedanke jedoch, mehr Nationalstaat und weniger Europa hätte das Desaster verhindert oder glimpflicher abgehen lassen, ist ein Irrglaube. Das Gegenteil ist der Fall. Da trotzdem viele EU-Bürger diesem Irrglauben anhängen, wird den überzeugten Europäern demnächst viel Geduld abverlangt werden.



Alle Beiträge der Kolumne „Einblick“ erhalten Sie im Internet unter: www.suedkurier.de/einblick